



http://www.wdr.de/tv/markt/sendungsbeitraege/2010/0705/00_kommunen.jsp

Kommunen: Teure Prestigeprojekte

-  Montag, 05. Juli 2010, 21.00 - 21.45 Uhr .
-  Mittwoch, 07. Juli 2010, 14.15 - 15.00 Uhr (Wdh.).
- **Autorin:** Eva Lindenau

Die kommunalen Kassen sind leer, die Schuldenberge riesig. Und doch wollen viele Städte auf teure Prestigeprojekte nicht verzichten. Wie kann das sein?

Wir sind in Mülheim an der Ruhr. Die Stadt hat keinen genehmigten Haushalt und doch entsteht hier ein Großprojekt: Ruhrbania heißt die städtebauliche Vision - leben, arbeiten und wohnen am Fluss. Die Kosten allein für die Infrastruktur und das Hafengebieten betragen 20 Millionen Euro. Fünf Millionen gibt das Land dazu, die restlichen 15 Millionen Euro stemmt die klamme Kommune. Das Geld stammt zum Großteil aus dem Grundstücksverkauf an den Investor.



Das Projekt "Ruhrbania" existiert bisher nur als Modell.

Bärbel Hildebrand vom Bund der Steuerzahler sieht das Projekt mit Skepsis: „Im Prinzip ist es ja auch nur richtig, dass sich eine Stadt weiterentwickeln will, aber wir haben schon die Befürchtung, dass die Stadt sich dabei verhebt. Man mag nur daran denken, dass es noch keinen Baubeginn gibt, eigentlich sollte das schon Ende letzten Jahres der Fall sein.“ Außer einem Modell gibt es bis heute nicht viel zu sehen.



Droht Mülheims einzigem Freibad die Schließung?

Doch das ist nicht der einzige Rückschlag: Auch ein geplantes Ärztehaus scheiterte, den Ärzten waren die Mieten zu teuer. Dennoch will die Stadt an Ruhrbania nicht rütteln. Gespart werden soll woanders. Vielleicht beim Naturbad in Styrum, denn das Bad macht Verluste. Nun droht Mülheims einzigem Freibad die Schließung. Doch auch das ist nur ein Sparvorschlag im Kampf gegen das Haushaltsloch der Stadt von fast 100 Millionen Euro.

Für die Stadt ist Ruhrbania eine unverzichtbare Investition in die Zukunft. Langfristig profitierten alle, meint Klaus Beisiegel vom Dezernat für Umwelt, Planen und Bauen: „Menschen ziehen nach Mülheim zu, Firmen ziehen nach Mülheim zu. Die Menschen zahlen Steuern in Mülheim und die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, kaufen in unserer Innenstadt ein und stärken den Einzelhandelsstandort Innenstadt.“

Höhere Attraktivität, höhere Einnahmen?



Gütersloh hat für 21 Millionen Euro ein neues Theater gebaut.

Mit diesem Argument werden überall in Nordrhein-Westfalen Prestigebauten realisiert. Gütersloh hat für 21 Millionen Euro ein neues Theater gebaut. Die Stadt Köln baut trotz klammer Kassen den Rheinboulevard. Kosten: 18 Millionen Euro. Realisiert werden kann das Projekt nur, weil das Land 80 Prozent der Kosten übernimmt. Die Kommunen wissen: Nehmen sie die Fördermittel nicht, bekommt sie eine andere Kommune. Eine fragwürdige Praxis, wie Bärbel Hildebrand vom Bund der Steuerzahler meint: „Die Kommunen freuen sich, ist ja klar. Ihr eigener Haushalt wird nicht belastet. Aber es ist immer noch das Geld der Steuerzahler, denn dieses Geld fällt ja nicht vom Himmel. Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass viele Kommunen einfach überdimensioniert agieren, wenn sie Geld vom Land bekommen.“

In Königswinter würde man gerne ein neues Rathaus bauen. Das derzeitige Rathaus ist über drei Orte verteilt und sanierungsbedürftig. Ein millionenschwerer Neubau rund 10 Kilometer vom Zentrum entfernt soll das ändern. Bürgermeister Peter Wirtz ist davon überzeugt, dass man mit dem Vorhaben dauerhaft Kosten einsparen kann. Königswinter hat ein Haushaltsdefizit von 13 Millionen Euro.

Public Private Partnership als Lösung?

Einen Weg zur Finanzierung sieht man in Königswinter in einer sogenannten Public Private Partnership, kurz PPP. So wurde dort bereits ein Sportplatz gebaut. Bei PPP übernehmen Privatinvestoren den Bau oder die Sanierung öffentlicher Gebäude und für 20 bis 30 Jahre auch den Betrieb. Im Gegenzug verpflichtet sich die Stadt, für den gleichen Zeitraum ein Entgelt zu zahlen. Public Private Partnership ist ein beliebtes Finanzierungsmodell in Nordrhein-Westfalen.

Doch Finanzwissenschaftler Michael Thöne von der Universität Köln warnt: „Das Hauptrisiko von PPP ist, dass man sich darüber hinwegtäuscht, dass man auch hier eine große öffentliche Investition vorgenommen hat, die mit großen finanziellen Risiken einhergeht. Und die Risiken tragen häufig die Kommunen. Das Hauptrisiko für den Bürger ist auch, dass sie überhaupt keinen Blick mehr dafür haben, was da passiert.“ Public Private Partnership und Fördermittel sind also keine Wunderwaffen in Zeiten leerer Kassen.

Wie es in Mülheim weitergeht, entscheidet sich im Herbst. Sollte das Freibad tatsächlich geschlossen werden, hätten die Mülheimer nicht gerade lange Freude daran gehabt. Vor gerade einmal vier Jahren wurde das Bad wiedereröffnet - nach einem umfangreichen Umbau für rund drei Millionen Euro.

Anm. MBI: Die in der Sendung angegebenen 20 Mio. € als Kosten für Infrastruktur und Hafenbecken sind von der Stadt übernommen, aber vollständig irreführend. In Wirklichkeit hat die Stadt mind. 100 Mio. € als Vorleistung verballert, um die bestehende Infrastruktur zu zerstören und Ersatz für Rathaus, Bücherei, Gesundheitshaus, Hauptverkehrsstr. uswusf... neu zu bauen bzw. anzumieten. Mehr unter <http://www.mbi-mh.de/2010/02/28/millionengrab-ruhrbania> oder in "Ruhrbania, Ruhrbanium, Ruhrbaniae, Ruhrbanio, Ruhrbaniorum ": Die Ruhrbania-Ruhrpromenade – ein Leuchtturmprojekt als Scherbenhaufen und finanzielles Debakel als pdf-Datei (134 KB) unter <http://www.mbi-mh.de/wp-content/uploads/2010/03/Ruhrbania-Scherbenhaufen.pdf>